Letzter Termin für die Einreichung (Posteingang): 28.08.2025.

Bei Zusendung an die Umweltgruppe Cottbus, Straße der Jugend 33, 03050 Cottbus (Eingang bei und bis 27.08.) geben wir Ihrer Einwendung persönlich ab und lassen uns den Eingang quittieren.

_____ (Name, Vorname)

_____ (Straße, Hausnummer)

_____ (Postleitzahl, Ort)

Sächsisches Oberbergamt

Kirchgasse 11
09599 Freiberg

Einwendung zum Obligatorischen Rahmenbetriebsplan zum Änderungsvorhaben Teilfeld Mühlrose im Tagebau Nochten

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhebe die folgenden Einwendungen im o.g. Zulassungsverfahren, inkl. ggf. konzentrierter Verfahren / Genehmigungen/ Verleihungen / Bewilligungen / Abweichungen / Ausnahmen / Befreiungen / Zustimmungen sowie sonstiger integrierter Anträge und Folgemaßnahmen.

Der Antrag setzt die Fortsetzung des Tagebaus im **Abbauggebiet 1 als „Vorbelastung“** voraus, die spätestens ab 2027 nicht genehmigt ist und nicht rechtskonform zugelassen werden kann.

Das Vorhaben dient der Freisetzung von 110 Millionen Tonnen CO₂ und verstößt gegen das **Klimaschutzgebot**, welches das Bundesverfassungsgericht 2021 klargestellt hat. Das Budget, das der Kohleverstromung in der Lausitz im Rahmen des 1,5-Grad-Zieles zusteht, wird weit überschritten.

Es besteht **keine energiepolitische Notwendigkeit**. Bereits bei moderaten Änderungen gegenüber der LEAG-Einsatzplanung ist weder ein Abbau des Teilfeldes Mühlrose noch des siedlungsnahen „Restfeldes“ im Tagebau Welzow-Süd und auch keine Verlegung der Lausitzbahn für den Tagebau Reichwalde notwendig. Statt vergrößert könnte der Tagebau Nochten sogar verkleinert werden.

Die **Standsicherheit der Ufer des geplanten Tagebausees** ist nicht nachgewiesen. Vor allem zwischen Rohne und Mulkwitz stellt die Kombination aus tiefem Seebereich, geologischer Störungszone und geplanten 30 Jahren Flutungsdauer ein besonderes Risiko dar.

Dass die über Jahrzehnte anfallenden **Kosten der Rekultivierung des Tagebaues** noch erwirtschaftet werden können, ist zu unwahrscheinlich. Damit drohen sie der Allgemeinheit aufgebürdet zu werden.

Es ist unklar, ob für den geplanten **2.000 ha großen Tagebausee** genug Flutungswasser verfügbar ist. Im Klimawandel kann nicht einfach die Wasserverfügbarkeit und die Verdunstungsraten früherer Jahrzehnte angenommen werden, auch trockenere Szenarien müssen betrachtet werden!

Die Sulfatbelastung der Spree überschreitet in den Prognosen den zum **Schutz der Trinkwassergewinnung Berlins** festgelegten Immissionsrichtwert. Diese Belastung steigt durch das Teilfeld Mühlrose weiter an und dauert länger. Der Antrag versucht davon abzulenken, in dem er Prognosen nur noch bis zum Pegel Spremberg-Bühlow darstellt.

Ich schließe mich im Übrigen der im Verfahren eingehenden Stellungnahme des Umweltgruppe Cottbus e.V. an.

(Datum und Unterschrift)